

Seid umschlungen, Milliarden

Weil die Kirchen vor über 200 Jahren im Zuge der Säkularisierung enteignet wurden, werden sie bis heute mit über **500 Millionen pro Jahr alimentiert**. Schluss damit!

Von **Helmut Ortner**

Journalist und Buchautor

Wenn man Menschen – ganz gleich, ob gläubig oder ungläubig – versucht, die sogenannten „Staatsleistungen“ zu erklären, trifft man auf Kopfschütteln. Kaum jemand weiß davon. Es geht dabei nicht um staatliche Zahlungen, etwa für den Betrieb von Kindergärten, Krankenhäusern, Pflege- und Seniorenheimen, die ohnehin fast vollständig an Caritas oder Diakonie von öffentlichen Haushalten (also von allen Steuerzahlern) geleistet werden. Nein, die Kirchen bekommen das Geld als – salopp formuliert – „Ausgleichszahlungen“ aufgrund der Säkularisation Anfang des 19. Jahrhunderts. Zurzeit der Napoleonischen Kriege wurden die geistlichen Territorien und Kirchengüter des „Heiligen Römischen Reichs“ säkularisiert, das heißt, sie wurden der Hoheit der größeren weltlichen Landesfürsten unterstellt. Der Staat verpflichtete sich gegenüber den Kirchen im Gegenzug dazu, sie für ihre Verluste zu entschädigen und etwa den Unterhalt der Pfarrer sicherzustellen.

Sowohl die Weimarer Reichsverfassung (1919) als auch das Grundgesetz (1949) verlangen, dass diese Staatsleistungen beendet, das heißt abgelöst werden. Ein frommer Wunsch. Keine Regierung der letzten Jahrzehnte, gleich ob christ-sozialdemokratisch oder rot-grün, sah hier Handlungsbedarf. Ein andauernder Verfassungsbruch. Hinzu kommt: Über die Jahre sind diese „Staatsleistungen“ kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2019 zahlten die deutschen Bundesländer, mit Ausnahme von Hamburg und Bremen, etwa 549 Millionen Euro an die Religionsgesellschaften. Ein ordentlicher Batzen aus den öffentlichen Kassen, vor allem in Zeiten von Corona-Milliarden.

Haben die Kirchen – neben allerlei sonstigen Subventionen und Steuergeschenken – nicht solide Kirchensteuer-Einnahmen? Auch wenn immer mehr Menschen hierzulande vielleicht nicht Gott,



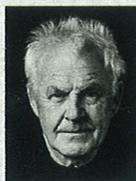
Volle Kassen, leere Kirchen Am Pfingstmontag nutzen Gläubige die offene Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zur stillen Andacht

aber dessen irdischen Verwaltern den Rücken kehren (mehr als eine halbe Million Menschen traten im vergangenen Jahr aus den beiden großen Kirchen aus) – die Einnahmen sind beträchtlich: Die katholische Kirche nahm 2019 rund 6,76 Milliarden Euro und die evangelische Kirche etwa 5,95 Milliarden Euro durch die Kirchensteuer ein. Für das staatliche Inkasso sorgen die Finanzbehörden, die rund 3 Prozent des Kirchensteueraufkommens einbehalten. Eine Win-win-Situation.

Nun haben im März dieses Jahres Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke einen gemeinsamen

„Entwurf für ein Grundsätze-Gesetz zur Ablösung der Staatsleistungen“ in den Bundestag eingebracht. Mit dem Entwurf erfüllten die Bundestagsfraktionen endlich einen seit über 100 Jahren bestehenden Verfassungsauftrag. Dieser sieht vor, dass die Bundesländer eine Ablösesumme von 10,23 Milliarden Euro zahlen. Die Ablöse kann demnach durch Einmalzahlungen oder in Raten erfolgen. Für eine genaue Regelung müssten die einzelnen Bundesländer Verträge mit den Kirchen aushandeln. Die drei Fraktionen schlagen vor, dass diese Verträge innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes geschlossen werden.

Während Hermann Gröhe (CDU) moniert, die Beendigung wäre „die Bewältigung früherer Enteignung durch eine neuerliche Enteignung“ und „geradezu absurd“, plädiert Christine Buchholz (Die Linke) für eine rasche Ablösung. Der vorliegende Gesetzentwurf sei wichtig, denn „es wäre zutiefst ungerecht, wenn die Kirchen bis in alle Ewigkeit Gelder vom Staat erhielten für Ereignisse, die mehr als 200 Jahre zurückliegen“. Die katholischen Bischöfe indes sehen durchaus „hilfreiche Anknüpfungspunkte“ im Entwurf. Und auch ein Finanzdezernent der evangelischen Kirche lässt verlauten, der Weg zur möglichen Einigung sei zwar nicht unmöglich, aber „lang und schwierig“. Noch einmal 100 Jahre? ■



Helmut Ortner, 70, Journalist und Autor, u. a. „EXIT – Warum wir weniger Religion brauchen“